

Zukunft der Waffenlobby

Medien und Politiker unterscheiden beim Thema Waffenlobby nicht zwischen Rüstungsgütern und Jagd- und Sportwaffen.

Unterschied zur Rüstungslobby

Während Rüstungsgüter, zu denen u.a. Panzer, Schiffe und vollautomatische Waffen zählen, dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen, wird der Umgang mit Jagd-, Sport- und Sammlerwaffen vom Waffengesetz geregelt. Während Deutschland Rüstungsgüter für über 3200 Millionen, sowie militärische Schusswaffen für knapp 90 Millionen exportierte, lag der Anteil der Jagd- und Sportwaffen nur bei 134 Millionen.¹ Während Rüstungsfabrikanten hauptsächlich in Großserien unpersönliche Staaten beliefern, arbeiten im Jagd- und Sportwaffen Sektor über 20.000 Menschen, die in direktem Kontakt mit ihren Kunden stehen und deren persönliche Wünsche erfüllen. Während Rüstungsfabriken ein direktes und aggressives Lobbying betreiben, ist von der so oft beschworenen Waffenlobby der legalen Waffenbesitzer nicht viel zu bemerken.

Wer gehört zur Waffenlobby

Die Waffenbranche, zu der Hersteller von Jagdgewehren, Sportwaffen und Munition, Ferngläsern, Bekleidung und Ausrüstung gehören, wie auch über 1000 Fachhandelsbetriebe, hat in Mitteleuropa eine lange Tradition. Viele heutige Hersteller und Fachhandelsbetriebe können sich auf Gründungsdaten vor 1890 berufen.^{2 3}

Jäger, Sportschützen und Sammler gehen einer Freizeitbeschäftigung nach, die Tradition und Brauchtum pflegt, die Jung und Alt, Arm und Reich, Frau und Mann, Versehrte und Unversehrte vereint. Neben der Jagd, die seit den Anfängen der Menschheit existiert, wurden bereits im 13. Jahrhundert die ersten Schützenbrüderschaften von Ordensgeistlichen gegründet. Im 16. Jahrhundert folgten bürgerliche Vereine. 1896 wurde Sportschießen olympisch. Abgesehen von den großen Schützenfesten in Bayern, NRW und Niedersachsen werden diese Hobbys meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben. Oder war Ihnen bewusst, dass wir im Juli/August 2010 in München eine WELT-Meisterschaft ausgerichtet haben, an der Gäste aus 103 Nationen teilnahmen und bei der 25 Weltrekorde errungen oder eingestellt wurden?⁴

Warum nutzt die Waffenlobby kaum Lobby-Instrumente?

Tradition und Rechtsgläubigkeit wiegen die legalen Waffenbesitzer und auch die Waffenbranche in die trügerische Sicherheit, dass der Staat sie vor Willkür schützt, solange sie die Gesetze beachten.

Sie haben nicht bemerkt, dass viele Politiker überhaupt nicht mehr wissen, was in den Gesetzen steckt, die sie verabschieden. Sie haben nicht bemerkt, dass die verabschiedeten Gesetze des 21. Jahrhundert ausschließlich medien- und anlassgesteuert waren. Sie haben nicht gemerkt, dass die Waffengegner seit 20 Jahren intensiv Lobbying gegen den privaten Waffenbesitz betreiben. Sie haben nicht gemerkt, dass die großen Verbände zu wenig erreicht haben und aufgrund ihrer Struktur auch zu wenig erreichen können.

¹ [Deutsche Waffenexporte 2007 lt. BMI auf Wikipedia](#)

² [Waffenhersteller mit Gründungsdatum vor 1900](#)

³ [Waffenhändler mit Gründungsdatum vor 1900](#)

⁴ [Die beste WM, die wir je hatten: 50. ISSF WM 2010](#)

Die Zukunft der Waffenlobby

Die Waffenlobby kann nur etwas bewirken, wenn die Grundvoraussetzungen des Lobbying beachtet werden und alle Instrumente genutzt werden. Dazu gehört Information sammeln, aufbereiten und weitergeben, Kontaktpflege und die Bildung von Allianzen.

Bildung von Allianzen

Anstatt sich untereinander als Gegner zu betrachten, sollten alle Interessenverbände bemüht sein, punktuell miteinander zu arbeiten. „Getrennt marschieren, gemeinsam zuschlagen“ muss das oberste Motto werden.

Allianzen findet man aber auch branchenübergreifend. So sind die Eingriffe in die Grundrechte auch Thema der Liberalen, ist Jagdrecht mit seinem Tierschutz auch ein Thema einiger Umweltschutzverbände, das Thema Missbrauch oder Selbstverteidigung ein Thema der Kriminalitätsbekämpfung, das Thema Wild auch ein Thema der Bauern, Forstbesitzer, Metzgereien und dörflichen Gemeinschaften.

Protest

Kaum ein Waffenbesitzer kann dazu aufgefordert werden, an Demonstrationen teilzunehmen, die das Thema Waffenrecht zum Inhalt haben. Zu groß ist die Verunsicherung, ob die Teilnahme nicht dazu führen könnte, dass ihnen die Zuverlässigkeit abgesprochen wird. Wir sind in unserem Staat bereits an einen Punkt gelangt, an dem die Staatsorgane Angst vor dem Volk haben und ihnen viele Mittel recht sind, diese Gefahr zu minimieren, u.a. durch die Entwaffnung rechtstreuer Bürger. Die einzigen Proteste, die wir ausüben können, sind unsere Wählerstimmen und unser Protest in Leserbriefen, Blogs und Foren, sowie durch Massen-E-mails.

Lobbying

Da mittlerweile 80-90% aller Gesetze in Brüssel beschlossen werden, ist es wichtig, vor Ort mit Entscheidungsträgern ins Gespräch zu. Dazu ist es erforderlich, nationales Lobbying in Berlin zu betreiben und sich pan-europäisch mit anderen Verbänden zu organisieren. Diese pan-europäische Vereinigung ist in Ansätzen bereits auf der IWA in Nürnberg zu sehen. Das Lobbying kleinerer Organisationen kann mithilfe eigener Expertisen, die von gemieteten Lobbyisten verbreitet werden, von statten gehen. Dazu kann u.U. auch ein Lobbyist für mehrere Verbände tätig sein. Das Lobbying der großen Verbände hat direkt in Berlin zu erfolgen. Der DJV zieht 2011 nach Berlin. DSB und FWR sollten schnellstens folgen.

Einbringen von Expertisen

Die Spitzenverbände müssen mehrere Expertisen pro Jahr einreichen, und zwar jeder für sein Einzelinteresse. Die Expertisen sollten sich von verschiedenen Perspektiven dem Thema Waffenrecht nähern: vom Produktionsstandort über Export, Transit, Tierschutz, Jagdrecht, Kriminalität bis hin zu Grundrechte und Schutz des Eigentums. Diese Expertisen können auch als Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen vergeben werden, für die auch Zuschüsse aus Bundesmitteln eingefordert werden sollten. Die kleineren Verbände und Vereine müssen ebenfalls Expertisen einbringen. Diese können in ähnlicher Form wie dieses Dossier aufgestellt sein und den lokalen Politikern übermittelt werden.

Politische Konstellationen

Die Eingriffe in die individuellen Grundrechte anhand der Waffengesetze müssen langfristig in der politische Agenda erkannt werden.

Parteien, vor allem kleinere, bedienen eine spezifische Klientel. Die Zusammenarbeit mit den Liberalen, die sich insbesondere für die

Freiheitsrechte der Individuen einsetzen, müsste nach Aufklärungsarbeit der Parteimitglieder möglich sein.

Die lokalen Politiker aller Parteien müssen in Bürgersprechstunden besucht werden und dort über die Problematik des Waffenrechts aufgeklärt werden. Das Dossier „Waffenrecht in Demokratien“ kann hierfür eine Grundlage bieten.

PR und Medien

Waffen als Werkzeuge von Jägern und Sportschützen oder als Sammelobjekte müssen wieder in die urbane Gesellschaft eingegliedert werden. Dies erreicht man nur durch Aufklärung und Praxis.

Eine gemeinsame Zeitung an alle Vereine und Behörden wäre produktiv, ebenso gemeinsame Presseveranstaltungen wie Forst 2009. Auch die Publizierung von Forschungsaufträgen ist hilfreich, wie auch der Kontakt zu den Medien. Die NRA in USA wird mittlerweile zu vielen Talkshows eingeladen, ist im Radio und Printmedien präsent.

Zunächst müssen die legalen Waffenbesitzer sensibilisiert werden, dass es ihrer Mithilfe bedarf. Hier sind insbesondere die Verbände gefragt. Dann muss der Kontakt zur Öffentlichkeit hergestellt werden.

Der Kontakt mit der Gesellschaft kann durch Volkshochschulkurse, Schnuppertage, Jedermann-Schießen, Wald-Kindergarten, Natur-Werkstatt u.v.m. erfolgen.

Mittelfristig sollte ein einheitlicher Aktionstag eingeführt werden, an dem in einem Bundesland auf mehreren Schießständen unter Einbezug der Jäger, Sammler und Schützen ein Jedermann-Schießen veranstaltet wird. Unter der Schirmherrschaft der Landesverbände werden dazu lokale Behördenvertreter, lokale Politiker, VIPs der Geschäftswelt und die lokale Presse eingeladen. Mit kurzen Umfragen kann die Einstellung der Jedermann-Schützen zu Waffen

vor dem Schießen und nach dem Schießen abgefragt werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich danach eine andere Wahrnehmung zu Waffen eingestellt haben.

Die Dozenten der Sachkundelehrgänge können pro Kurs einen kostenfreien Platz für Journalisten, WBK-Sachbearbeiter oder polizeiliche Dienststellenleiter anbieten. So kann Fachwissen wirksam an Meinungsvertreter und Entscheidungsträger vermittelt werden.

Von den Briten können wir lernen. Dort hat sich 1997 die Countryside Alliance⁵ gegründet, die nicht nur wöchentliche Newsletter erstellt, sondern mit Unterstützung von JBC, Swarovski, Blaser, Zeiss und Browning einen wöchentlichen, halbstündigen TV-Kanal im Web betreibt.⁶

Diese Vereinigung hatte sich nach dem Vorfall in Cumbria 48 Stunden lang der Presse zur Verfügung gestellt.⁷ Das Ergebnis ist uns bekannt. Sie begleitet die Untersuchung des Parlaments, informiert ihre 100.000 Mitglieder, sowie die Medien und ruft zu Protesten auf. Diese Vereinigung ist breit aufgestellt, hat 400.000 Unterstützer, darunter auch Prominente und organisiert u.a. auch Rockkonzerte.⁸ Diese Vereinigung hatte bereits einen Notfallplan für künftige Ereignisse, den sie erfolgreich umsetzte.

Verfasser im Sinne des Presserechts: Katja Triebel

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

prolegal IG für Waffenbesitz e.V.
Spitzenäcker 4 76698 Ubstadt-Weiher
E-Mail: info[[@](mailto:info@pro-legal.de)]pro-legal.de
Zentrale Fax-Nr.: 07621-1621513

Dieses Dossier darf verlinkt und verteilt werden, wenn auf die Verfasserin verwiesen wird.

⁵ [Countryside Alliance Homepage](#)

⁶ [Fieldsports Channel TV](#)

⁷ [CA's response to the Cumbrian shootings](#)

⁸ [Countryside Alliance auf Wikipedia](#)

1. [Unterschied von Lobbying und Interessenvertretung](#)
2. [Was leisten die Verbände?](#)
3. [Adressaten und Instrumente des Lobbyismus](#)
4. [Waffenlobby im Vergleich zu:](#)
 - a. [ADAC](#)
 - b. [Umweltbewegung](#)
 - c. [Bauernbewegung](#)

1. Unterschied von Lobbying und Interessenvertretung

Interessenvertretungen stellen ihre Werte und Ideologien gegenüber der Gesellschaft und der politischen Öffentlichkeit permanent dar.¹⁴

Eine der wichtigsten Organisationsformen ist der Verband. Neben den Verbänden existieren Bürgerbewegungen und Vereine.

Interessengruppen werden zu Lobbygruppen, wenn sie sich bestimmter Methoden zur Beeinflussung politischer Entscheidungen bedienen.¹³

Nach Claus Offe können soziale Gruppen (Verbände und Interessengruppen) stark sein, wenn ihr „Spezialinteresse“ organisations- und konfliktfähig ist.

Wenn das Spezialinteresse den aktuellen und potentiellen Mitgliedern so wichtig ist, dass sie bereit sind, die benötigten Ressourcen (erhöhte Mitgliedsbeiträge, ehrenamtliche Arbeit) beizusteuern, ist die Gruppe organisationsfähig. Wenn eine Organisation in der Lage ist, kollektiv eine Leistung zu verweigern oder glaubhaft eine Leistungsverweigerung anzudrohen, ist sie konfliktfähig (z.B. Streik, Wahlentscheidung).⁶⁰

Die Punkte 1 bis 3 sind eine Zusammenfassung des Buches „Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland“ von Thomas Leif/Rudolf Speth (Hrsg.), erschienen unter ISBN 3-89331-639-6. Im Punkt 4 analysiere ich die deutsche Schusswaffenlobby mit den Beispielen des Buches. Die hochgestellten Verweise beziehen sich jeweils auf die Seitenzahl des Buches, das 2006 von der Bundeszentrale für politische Bildung verlegt wurde.

Heutzutage bedeutet Lobbying die punktueller Beeinflussung der Regierung durch bestimmte Methoden, mit dem Ziel, die Anliegen von Interessengruppen möglichst umfassend bei politischen Entscheidungen durchzusetzen.¹²

Macht und Einfluss der Verbände und der Lobbyisten werden oftmals stark übertrieben.⁵³ Ein Lobbyist kann keine Gesetze verhindern. Er kann jedoch durch kompetente Sachinformation den Gang der Diskussion und Entscheidungsfindung begleiten und bereichern.

Blockaden entstehen dort, wo Parteien und gesellschaftliche Gruppen durch ideologisch vorgefasste Meinungen Ziele anstreben, die Mittel erfordern, die unverhältnismäßig sind.¹¹³

Unter dem Motto „Getrennt marschieren, vereint zuschlagen“ kann ein Lobbyist nur erfolgreich sein, wenn er gesamtwirtschaftliche Eigeninteressen mit gesamtverbandlichen Interessen der Interessengruppen vereinen kann. Es bedarf somit immer einer Vielzahl von Kontakten, eines großen Netzwerkes und vieler Verbündeter, um etwas durchzusetzen.¹¹⁹

Anforderungen an Lobbyisten

Lobbyisten sind Experten. Ministerialbürokraten und Parlamentarier brauchen ihren Sachverstand, wenn sie ein vernünftiges Gesetz oder eine Verordnung entwerfen, beraten und verabschieden wollen.⁵⁴ Das gegenseitige Vertrauensverhältnis kann sich nur entwickeln, wenn nicht versucht wird, sich gegenseitig hereinzulegen – oder wenn der Lobbyist mit unsauberen Methoden arbeitet.

„Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Redlichkeit, profunde Kenntnisse und Professionalität“ sind die Schlüsselqualifikationen, die immer häufiger von einem Lobbyisten erwartet werden.⁵⁵ Der TUI-Lobbyist Wolf-Dieter Zumpfort spricht von langfristigen Strukturen im Lobbying, die den langfristigen Strukturen im Beamtenapparat entsprechen.¹²⁵ Er ist skeptisch gegenüber der Druckthese. Ministerialbeamte und Abgeordnete mit beruflicher Erfahrung reagieren eher auf Fakten als auf Druck.¹²⁹

2. Was leisten die Verbände?

Verbände leisten einen wesentlichen Beitrag zur Demokratie, durch Politikberatung, Interessenvermittlung, Entlastung des Staates und dadurch, dass sie ihren Mitgliedern die Teilnahme am politischen Prozess eröffnen.⁵⁸ Verbände müssen den Bedürfnissen der Mitglieder und den Ansprüchen der Politik gerecht werden.

In der Realität ist aber bei den Verbänden häufig eine Oligarchisierung, also die Macht einer Minderheit über die Mehrheit der Verbandsmitglieder anzutreffen. Gegenwärtig registrieren wir in allen größeren Verbänden eine wachsende Unzufriedenheit mit der Arbeit der Verbands Spitze. Für die Politik interessant und wichtig sind die Spitzenverbände, also die Verbände, deren Mitglieder wiederum nur Verbände sind.⁴¹

Viele Verbände verlieren weiter an Boden. Sie stehen den differenzierten Problemen ihrer Mitglieder hilflos gegenüber.⁴⁸ Auch sind sie noch stark darauf angelegt, ihre Interessen im nationalstaatlichen Rahmen durchzusetzen. Angesichts der Globalisierung spielt der Nationalstaat hingegen eine immer geringere Rolle.⁶² Auch innerhalb der Verbände wird es immer schwieriger, innerverbandliche Kompromisse zu schließen, um nach außen mit einer Zunge zu reden.⁶³ Dies liegt u.a. an der fehlenden innerverbandlichen Demokratie.⁶⁴

Ursache für das verstärkte Lobbying der Interessengruppen ist die zunehmende Unfähigkeit der Verbände, umfassende und übergreifende Interessen zu formulieren.⁴³

3. Adressaten und Instrumente

Adressaten

Adressaten sind alle Arten von Regierungen, die politische Entscheidungen fällen oder beeinflussen können: Bundesregierung, Länderregierung, Europäische Kommission, das europäische Parlament, Oppositionsfraktionen, Ministerien und andere Untereinheiten.¹³ Die Europäisierung der Politik macht Brüssel als Lobbybühne ebenso wichtig wie Berlin. Kaum eine Interessengruppe kann sich erlauben, in Brüssel nicht mit einem Lobbybüro oder durch einen Verband vertreten zu sein.⁴⁴ Schon heute werden Schätzungen zufolge rund 80 Prozent der Gesetze und Verordnungen in Brüssel vorbereitet.¹¹⁶

Die Referenten der Ministerien gelten als die ersten und wichtigsten Ansprechpartner der Lobbyisten in der Politik, zu denen immer auch persönlicher Kontakt bestehen muss. Die Fachebenen der Ministerien stehen an der zweiten Stelle, an dritter Stelle folgen die Fachreferenten in den Fraktionen.¹⁰⁰ In fast allen Ministerien gibt es Beiräte, in denen Experten, aber auch Vertreter von Interessengruppen sitzen.¹⁰³

Instrumente

Zu den Instrumenten gehören Informationen sammeln, aufbereiten und weitergeben, Kontaktpflege und die Bildung von Allianzen.

Einladungen zum Essen, zu Empfängen und ähnlichen Events, sowie Parteispenden sind laut den Herausgebern Leif/Speth wenig effektiv und grenzen an die klassische Korruption.²⁶ Als Beispiel gilt hier Karl-Heinz Schreiber, der mit Bestechung gearbeitet hat, um Exportgenehmigungen zu bekommen. Schreiber wird als Waffenlobbyist bezeichnet, dabei ging es um Korruption²⁷ und Rüstungsgüter

Während wichtige Bundestags-, Bundesrats- und Ausschusssitzungen in halbleeren Sälen stattfinden, treffen sich Politiker terminlich dicht gedrängt in ihren Büros mit den verschiedensten Vertretern der Wirtschaft und der Verbände. Oft können die zuständigen Mitarbeiter der Abgeordneten mit dem Wissensvorsprung der Lobbyisten nicht mithalten und übernehmen deren Datenmaterial mehr oder weniger ungeprüft. Ein Grund dafür liegt laut Michael Greven in dem zunehmenden Zwang zur Regulierung.⁹³ Diese Meinung vertritt auch der TUI-Lobbyist Zumpfort: „Die Regeldichte wird immer größer, Vereinfachungen finden kaum statt. Solange sich das politische System nicht grundsätzlich ändert, wird man auch politisches Lobbying brauchen.“¹³¹ Viele Abgeordnete und ihre Mitarbeiter sind oft nicht in der Lage, die Einseitigkeit dieser Darstellungen zu erkennen. Andere wollen es nicht, denn ihnen geht es weniger um eine fach- und sachpolitische Auseinandersetzung, sondern um Macht und eigenen Interessen.⁹⁸

Immer wichtiger wird die Einbindung in und die Verknüpfung des Lobbying mit Öffentlichkeitsarbeit. Verbände, Unternehmen und Interessengruppen aus dem gemeinnützigen Sektor können sich bei professionellen Lobbying-Agenturen je nach Bedarf Dienstleistungen hinzukaufen und damit ihre Lobbying-Aktivitäten optimieren.⁴⁷

Die wesentlichsten Voraussetzungen für das Lobbying sind präzise Kenntnisse des politischen Betriebs und natürlich ein Gespür für Politik, insbesondere für die Motive und Zwänge, unter denen Politiker agieren.⁴⁹

Ganz besonders weit gediehen in der Professionalisierung des Lobbyings sind die NGOs (Non-Government-Organisations), die sich aus den sozialen Bewegungen heraus entwickelt haben. Für diese NGOs ist Lobbying inzwischen zu einem wichtigen Teil ihres Handelns geworden. Sie setzen aber nach wie vor auch auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und damit auf die Medien.⁵⁰

PR und Medien

Laut Hajo Schumacher haben Lobbyisten und PR-Vertreter das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Berlin praktisch komplett unter ihre Kontrolle gebracht.⁷⁹ Heute geht es den Politikern ähnlich wie den Journalisten: Immer weniger Abgeordnete und Reporter verstehen im Detail, worum es in welchem Gesetzentwurf eigentlich geht. In fast jedem Fachgebiet gibt es maximal noch zwei, drei Experten pro Partei, die sich auf den hoch komplexen Feldern wie Forschung oder Sozialem auskennen. Die immer weiter klaffende Informationslücke machen sich schlaue PR-Strategen inzwischen geschickt zunutze.⁸⁰ Demoskopen und Werbefachleute bestimmen mittlerweile die Politik. Statt Pressekonferenzen abzuhalten, erhalten PR-Agenturen millionenschwere Kampagnen-Etats – sowohl von Lobbyisten, wie auch mittlerweile seitens der Politik. Schumacher erklärt daher das PR-Gewerbe zur „Fünften Gewalt.“⁸⁵ Die Rolle der Medien ist stärker geworden. So genannte Talkshows tragen stärker zur Meinungsbildung der Menschen bei als Parlamentsdebatten.¹¹⁶ Auf der anderen Seite wird den Medien zu wenig Kompetenz und zu viel Oberflächlichkeit attestiert. In Berlin sind von über 3000 Journalisten lediglich 800 fest angestellt. Das führt zur Trendberichterstattung und zu Sensationsjournalismus.¹²⁹

4. Waffenlobby im Vergleich zu:

4.a) ADAC

C. Emunds betitelt den ADAC als „zahnlosen Riesen“ und beschreibt ihn wie folgt:²⁵²⁻²⁵⁸

- + große Macht über die öffentliche Meinung
- + Verkehrsexperte
- + sein höchstes Gut ist sein guter Ruf:
- + Kooperation statt Feindseligkeit
- + Information statt Korruption
- zu groß und schwerfällig für heimliche Hinterzimmerpolitik
- politische Aussagen müssen vor Veröffentlichung erst alle Gremien passieren
- Dienstleistungen zehren die Beiträge auf
- schwacher Spieler auf der politischen Bühne

Als Pendent zum ADAC sind in der Waffenlobby der DSB, DJV, VDB und JSM – zusammen vertreten durch das FWR⁹ zu nennen.

Ihre Gemeinsamkeiten mit dem ADAC sind einfach verblüffend. Fast jede Aussage trifft hier abgewandelt, aber vollständig zu. Sofern das FWR agiert, muss dieses zusätzlich noch die unterschiedlichen Interessen von Industrie, Handel, Schützen und Jagd unter einen Hut bringen.

Was jedoch bisher vollkommen fehlt sind:

- informative Fachveranstaltungen
- öffentliche Pressearbeit

Was bisher mit unterschiedlichen Ergebnissen versucht wird, ist die globale Vernetzung durch das gemeinsame Auftreten in Brüssel und international durch:

- WFSA (alle Interessen – auch international, u.a. Rederecht bei den UN-Kleinwaffenkonferenzen)
- FACE (7 Mio. europäische Jäger/innen)
- AECAC (europäische Waffenhändler)
- FESAC (europäische Waffensammler)

⁹ [Waffenlobbys im Dossier Waffenrecht in Demokratien](#)

4.b) Umweltbewegung

J. Roose analysierte den Weg der Umweltorganisationen zur Umweltlobby²⁷²⁻²⁸⁹

- + Umweltorganisationen sind immens gewachsen durch
 - Publikationen zur Umweltverschmutzung
 - Bau von Atomkraftwerken
 - Unterstützung durch ökologisch ausgerichtete Forschungsinstitute
- + hat eine breite Basis: die Akteure sind gut vernetzt und arbeiten immer wieder in unterschiedlichen Formen zusammen
- Umweltschutz gilt als „schwaches“ Interesse: es gibt keine Leistung, die verweigert werden kann und keine spezifische Gruppe von Betroffenen
- Schwierigkeiten beim Nachwuchs für die aktive Mitarbeit

Instrumente der Umweltorganisationen:

Protest: In Demokratien sind Politiker auf die Wählerschaft angewiesen. Mobilisierung gegen ihre Entscheidungen setzt sie unter Handlungsdruck. In ihren Anfängen traf die Umweltbewegung auf verbreitete Ablehnung. Diese war in Wirtschaft und Politik stärker als bei der Bevölkerung insgesamt. Bis Ende 1980 dominierte daher der Protest. Die Umweltorganisationen mussten die Öffentlichkeit überzeugen, dass ihre Anliegen wichtig und Reaktionen notwendig sind. Mittlerweile vertraut die Bevölkerung den Umweltorganisationen mehr als Politikern und Umweltschutzbehörden

Lobbying: Gespräche mit Entscheidungsträgern, Vorlagen von wissenschaftlichen Untersuchungen. Trotz erheblichen Aufwands und Kosten reichen knapp 40% aller Umweltorganisationen einen Bericht ein, knapp 20% sogar mehr als drei. Seit 1990 wurde Lobbying immer wichtiger, u.a. da sich die Umweltpolitik in großem Umfang europäisiert hat. Dies führte zu Misstrauen bei den Mitgliedern, insbesondere bei basisdemokratischen Verbänden.

Einbringen von Expertisen: Ökologische Forschungsinstitute, die den Zielen der Umweltorganisation nahe stehen, können inhaltlich durch die Ausgestaltung von Auftragsarbeiten Entscheidungen beeinflussen.

Politische Konstellationen: Die Durchsetzungschancen sind relativ gering, da die Netzwerke keine Wahlgarantien versprechen können. Daher ist es wichtig die Umweltproblematik langfristig auf die politische Agenda zu setzen. Parteien, vor allem kleinere, bedienen eine spezifische Klientel. Die Zusammenarbeit insbesondere mit den Grünen führte dazu, dass zahlreiche Maßnahmen insbesondere in deren Zeit als Regierungspartei durchgesetzt wurden. (Anm.: Umweltpolitik wurde aber auch von der CDU in die Agenda aufgenommen, um Wähler nicht zu verlieren.)

Als Pendant zur Umweltbewegung sind alle Interessenvertretungen zu nennen, deren Mitglieder und Interessenten dem Waffengesetz unterliegen. So gehören neben den großen Dachverbänden, die einzelnen Landesjagdverbände, die Sportschützenverbände BDS, BDMP, DSU, die Verbände der Sammler wie VDW und Patronensammler-Vereinigung, die allgemeinen Waffenrechts-Interessenvertretungen wie IWÖ, protell, FRW, prolegal und FvLW, die internationalen Vereinigungen wie WFSA, ISSF und IEACS, sowie die europäischen Vereinigungen wie AECAC, FESAC und FACE.

Gemeinsamkeiten mit den Umweltorganisationen

- Breite Basis : ca. 100 Millionen Mitglieder weltweit, davon viele in der EU, ca. 1-2 Millionen in Deutschland. Hinzu kommen noch finanzkräftige Wirtschaftsunternehmen.
- Schwaches Interesse: es gibt kaum Leistungen, die verweigert werden können.
- Schwierigkeit beim Nachwuchs
- Gute Kontakte, z.B. der Dachverbände mit der Ministerialbürokratie und den Fachreferenten.

Unterschied mit den Umweltorganisationen

- Waffenrecht gehört für die Mitglieder nicht zu deren Priorität. In der gesamten Basis fehlt die Sensibilisierung, dass das Waffenrecht national und international bedroht ist und sie eine betroffene Gruppe darstellen.
- Durch intensives Lobbying der Friedensbewegung ist durch die Medien vermittelt worden, dass die vorhandene Zustimmung zum privaten Waffenbesitz sich in eine allgemeine Ablehnung verwandelt hätte.
- Lobbying wird nur von den Dachverbänden betrieben, die nicht die Einzelinteressen der Splittergruppen berücksichtigen und daher zu viele Kompromisse eingehen.
- Es werden kaum Expertisen eingereicht.
- Es werden keine Pressemeldungen von sich aus publiziert, die sich auf die Problematik Gesellschaft und Waffen beziehen.
- Rechtswissenschaftliche und sozialpolitische Forschungsinstitute bekommen selten Auftragsarbeiten bzgl. des Waffenrechts.
- Keine Partei ist bisher geneigt, die Rechte der Waffenbesitzer zu verteidigen, weil sie mangels Aufklärung in den eigenen Reihen befürchten, Mitglieder zu verlieren.

4.c) Bauernverband und Tierschützer

T. Busse untersuchte, wie Bauern und Tierschützer um Einfluss auf die Agrarpolitik streiten und warum die Bauern oft dabei zu kurz kommen.¹⁹⁹⁻²²⁰

Dem Deutschen Bauernverband (DBV) wird gleichzeitig vorgeworfen, zu viel und zu wenig Lobbyarbeit zu machen. So setze der Bauernverband seine Interessen weit über die gesellschaftliche Bedeutung hinaus durch. Auf der anderen Seite missachte er seine Mitglieder, er verrate sie sogar und würde eine Politik vertreten, die den Mitglieder eher schade als nutze. Ein Kritikpunkt ist u.a. die Verflechtung mit den Gentechnik-Konzernen.

Über 90% der Bauern sind Mitglied im DBV. Die wichtigsten Agrarfachmagazine erscheinen in

Verlagen, auf die die regionalen Bauernverbände als Gesellschafter Einfluss nehmen. Der DBV ist streng hierarchisch aufgebaut. Die Bauern an der Basis haben kaum Einfluss.

Aus der Unzufriedenheit heraus sind zahlreiche Basis-Organisationen entstanden, die nach dem Muster „David gegen Goliath“ gegen den DBV kämpfen. Sie kooperieren mit alternativen Verbänden auf europäischer Ebene, um Einfluss zu nehmen.

Einfluss auf die Agrarpolitik nehmen auch Natur- und Tierschützer sowie Menschenrechtsorganisationen. Sie liefern wissenschaftliche Studien und erarbeiten Stellungnahmen mit direktem Bezug auf geplante Gesetze und Verordnungen. Sie gehen direkt zur Arbeitsebene, wo die Vorlagen ausgearbeitet werden. Im politischen Parkett überzeugen Fakten mehr als Überzeugungen. Im Streit haben die Tierschützer zudem oft die moralischen Argumente auf ihrer Seite und die Bauern lediglich die wirtschaftlichen.

Die Medien übernehmen oft die unversöhnlichen Positionen der beiden Lager: Emotionale Geschichten mit Schockeffekt dominieren, sachliche Informationen finden sich selten.

Als Pendant zur Waffenlobby sind das Forum Waffenrecht (FWR) der Bauernverband und die IANSA¹⁰ die Tierschützer. Aus den Erfahrungen mit den Waffengesetz-änderungen von 2002 und 2008, bei denen es weder dem FWR, noch den Spitzenverbänden gelang, unnötige Verschärfungen zu unterbinden¹¹, übernahmen 2009 zwei neue Organisationen die Vertretung der legalen Waffenbesitzer: FvLW und prolegal sind das Pendant zu den neuen Basis-Organisationen.

Auch hier streitet „Goliath gegen David“. So hatte sich der DSB öffentlich von FvLW¹² und

¹⁰ [IANSA im Dossier Waffenrecht in Demokratien](#)

¹¹ [Kritik am Gesetzesentwurf 2002 der Verbände](#)

¹² [Waffenlobbys im Dossier Waffenrecht in Demokratien](#)

prolegal distanziert¹³. FWR mit DSB und DJV distanzieren sich vehement gegen eine Unterschriftenliste der FvLW im Jahr 2010.^{14 15}

Bei den Fachzeitschriften vertreten die Jagdzeitungen vornehmlich die Position der Spitzenverbände, während die Schützen- und Sammlerzeitungen auch regelmäßig über die neuen Waffenrecht-Interessengemeinschaften berichten und diese auch unterstützen.¹⁶

Die Gegner der Waffenlobby arbeiten mit den Menschenrechtsorganisationen wie Oxfam und amnesty international zusammen. Mit deren Unterstützung und derer vieler Staaten werden Bücher und Expertisen geschrieben, sowie Projekte wie das Small Arms Survey in Genf¹⁷ oder das Stockholm International Peace Research Institute¹⁸ finanziert. Diese Stiftungen und Projekte arbeiten direkt mit den internationalen Regierungen zusammen und unterscheiden nicht zwischen zivilen Schusswaffen und Kriegswaffen. Das Small Arms Survey führt z.B. in seiner Waffen-Datenbank¹⁹ unter dem Stichpunkt Gewehre nur militärische Waffen wie das AK47 oder das H&K G3 auf. Gleichzeitig wird die Zahl von 875 Mio. Waffen in Privathänden genannt. Der Leser erfährt jedoch nicht, dass sich darunter hauptsächlich Einzellader-Schrotflinten und olympische KK-Waffen befinden.

Aus diesen Expertisen entstanden internationale Übereinkünfte wie das Kleinwaffenaktionsprogramm²⁰, das am liebsten Munition nur in limitierten Mengen und mit Seriennummer abgeben möchte. Auch das UN Feuerwaffen-Protokoll, das Anlass für die letzten EU-Verordnungen zum Waffenbesitz fußt auf diesen Expertisen.

¹³ [Positionierung des DSB zu prolegal und FvLW](#)

¹⁴ [Gemeinsame Erklärung der dem Forum Waffenrecht angeschlossenen Verbände, des DSB und des DJV](#)

¹⁵ [Kritik am Vorgehen der Dachverbände](#)

¹⁶ [Prolegal auf Wikipedia.de](#)

¹⁷ [Small Arms Survey](#)

¹⁸ [Stockholm International Peace Research Institute](#)

¹⁹ [Small Arms Waffen-Datenbank](#)

²⁰ [Programme of Action](#)